

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

Das Volk entschied 16mal wie die FDP



Mit 16 Abstimmungsvorlagen waren die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auch 1993 wieder gefordert. Erfreuliche Bilanz für die FDP: Das Volk stimmte überall so, wie es auch die FDP-Delegierten bei ihrer Parolenfassung vorschlugen. (Photo ruti)

Auch 1993 war wieder ein vollgestopftes Abstimmungsjahr. Ganze 16 Vorlagen wurden dem Volk unterbreitet. Dabei waren die Initiative gegen die Flugwaffe und die Einführung der Mehrwertsteuer sicher die wichtigsten und umstrittensten. Bei allen Vorlagen stimmten die Bürgerinnen und Bürger wie die FDP. Die SP tippte sechsmal daneben.

AMK. Am 7. März akzeptierte der Souverän einen Treibstoffzollzuschlag von zwanzig Rappen, hob das Spielbankenverbot auf – die SP war für Stimmfreigabe – und sagte deutlich Nein zu einer Initiative, die Tierversuche rigoros verbieten wollte. Am 6. Juni lehnte das Volk nach einem

denkwürdigen Abstimmungskampf sowohl die Anti-Flugwaffen- als auch die Anti-Waffenplatz-Initiative ab. – Die Haltung der SP führte zu einer Zerreissprobe, die noch nicht ausgestanden ist. Am 26. September stimmte der Souverän für einen neuen Verfassungsartikel gegen Waffenmissbrauch, sagte Ja zum Kantonswechsel des Laufentals und gab sich mit dem 1. August einen arbeitsfreien Tag. Zwei Referenden im Bereich der Kranken- und Arbeitslosenversicherung – hier wirkte die SP mit – wurden abgelehnt. Schliesslich der 28. November: Ja zu einer Mehrwertsteuer von 6,5 Prozent, zu einem AHV-Prozent und zu einer Umbenennung war das erfreuliche Ergebnis. Zwei Initiativen, welche die Werbung für Alkohol und Tabak verbieten wollten und die auch von der SP unterstützt worden waren, wurden dagegen abgelehnt. ■

Aussenpolitik



«Die FDP hatte bisher und wird auch zukünftig eine Führungsrolle in der Europafrage haben», meint Nationalrat Ernst Mühlemann (TG) in einem Interview in diesem «Freisinn».

Mühlemann ist Präsident des Parteausschusses Aussenpolitik, das ein aktuelles Grundsatzpapier erarbeitet hat (im «Freisinn» ab Seite 7). Im Nationalrat wird Mühlemann in den nächsten zwei Jahren die aussenpolitische Kommission präsidieren.

Lesen Sie ab Seite 5

Inhalt

- Eine aufschlussreiche Analyse des SP-Wirtschaftsprogramms finden Sie auf Seite **9**
- EU, EG, was ist was? Lesen Sie Seite **13**
- Nein zur Alpeninitiative! meint Nationalrat Ulrich Fischer auf Seite **15**

Gedanken zu 1993

Das Jahr 1993 war eine Zeit, da vieles Alte ging oder gehen musste, weil es ausgedient hat. Neues ist im Werden, aber noch nicht sichtbar.

◊ Jacques Baumgartner

1993 war das Jahr, in dem Bill Clinton als 42. Präsident der USA vereidigt wurde. Mit der Wahl des 46-jährigen Bewerbers der Demokratischen Partei beziehungsweise der Abwahl des vormaligen Präsidenten George Bush vollzogen die Amerikaner eine Wende. Sie nahmen Abschied von der Veteranengeneration des Zweiten Weltkrieges, welche bis anhin die Präsidenten gestellt hatte.

1993 ist auch das Jahr, in dem sich die Amerikaner von (West-) Europa abwandten. Auch das ist eine Wende, die vollzogen wurde mit der Ratifizierung des Nafta-Abkommens durch den amerikanischen Kongress. Nafta steht für North American Free Trade Area, der die USA, Kanada und Mexiko angehören. Dieser Freihandelsblock dürfte sich eines Tages zum Freihandel von Alaska bis Feuerland weiten, wenn auch derzeit noch viele lateinamerikanische Staaten eine nordamerikanische Dominanz fürchten.

Auf ein Mittelmass dürfte der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) schrumpfen, wenn die von den amerikanischen Planern angestrebte Asiatisch-Pazifische Zusammenarbeit (Asean Pacific Cooperation/Apec) Wirklichkeit wird. Die Weichen dazu wurden 1993 gestellt.

Dieser gigantische Handelsblock würde neben den USA und Kanada die Asean-Staaten (Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand), Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea umfassen. China, Taiwan und Hongkong sollen ebenfalls in die Apec mit eingeschlossen werden.

Für den schwierigeren und schmerzhafteren Weg entschied sich am 6. Dezember 1992 der

schweizerische Souverän, indem er Nein zum EWR sagte. Die Europäische Gemeinschaft (EG) wandelte sich 1993 zur Europäischen Union (EU). Mit dem Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichtes, dass der Vertrag von Maastricht mit dem Grundgesetz (Verfassung) vereinbar sei, wurde auch für die Deutschen der Weg frei für eine Ratifizierung des Vertragswerks. Damit wurde die EU am 1. November Wirklichkeit, kann die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1994 beginnen.

Die deutsche Wirtschaftslokomotive steht nur halb unter Dampf. Sie wird auch 1994 kaum über den Berg kommen. Das bedeutet für die (west)europäischen Volkswirtschaften insgesamt auch 1994 langsamere Fahrt. Entsprechend werden die Arbeitslosenzahlen ansteigen, in der 24 Mitgliedstaaten umfassenden Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) bis Ende 1993 auf 36 Millionen.

1993 war das Jahr, in dem in Frankreich die bürgerlichen Parteien wieder an die Regierung gelangten, die Sozialisten ins Bodenlose stürzten. Italien reinigte sich innerlich, wobei die revolutionäre Wende von den Richtern und Gerichten ausging: En masse wurden der Korruption und der Kooperation mit dem organisierten Verbrechen verdächtige Politiker und Geschäftsleute verhaftet und verurteilt. Die alleingesessenen Parteien wie die Christlichdemokratische (DC) und die Sozialistische sind diskreditiert und wurden bei Kommunalwahlen sozusagen pulverisiert. Enttäuschte und ernüchterte Wähler wandten sich den Extremen zu, votierten für Neofaschisten und Neokommunisten. Parlamentswahlen werden wahrscheinlich im Frühjahr 1994 den endgültigen Zusam-

menbruch der DC und ihrer Verbündeten besiegeln.

1993 war das Jahr, in dem der Krieg in Bosnien-Herzegowina nicht aufgehalten wurde. Ex-Jugoslawien ist Europas schlechtes Gewissen und Unvermögen. Hunger und Kälte werden in den nächsten Monaten auf diesem Kriegsschauplatz die meisten Opfer fordern. In ihrer Haltung und Hilflosigkeit machten die EU-Europäer dem serbischen Kriegsgewinnler noch ein Wahlgeschenk: Sie stellten Serbien eine Lockerung der EU-/Uno-Sanktionen für den Fall in Aussicht, dass sie den bosnischen Muslimen etwas mehr Territorium zugestehen, als im gescheiterten Teilungsplan vorgesehen war. Präsident Slobodan Milosewitsch konnte das EU-Einlenken (mit Blick auf die vorzeitigen Parlamentswahlen am 19. Dezember) den Serben als Erfolg seiner Aggressionspolitik verkaufen.

Zu den möglicherweise entscheidenden Entwicklungen im Bosnien-Krieg 1993 gehört, dass die traditionelle muslimisch-kroatische Allianz auseinandergebrochen ist, dass sich die bosnisch-muslimische Armee zur echten Streitmacht härtete.

1993 wurde in Osteuropa über das Tempo, nicht jedoch über das Ziel der demokratischen Reformen nachgedacht. Polen steht als Beispiel. Aus den Wahlen ging die Allianz der Demokratischen Linken, die nach dem Zusammenbruch der Kommunistischen Partei gebildet worden war, als Siegerin hervor. Das bedeutet nicht Wiedergeburt des Kommunismus, nicht Rückfall in die Vergangenheit, sondern Wunsch nach weniger forciertem wirtschaftlichem Wandel, der vorerst für die Mehrheit der Menschen noch mehr Härten bringt.

Nur wenig sind die Osteuropäer einem EU-Beitritt nähergekommen. Die EU ist rezessionsgeplagt und hat Mühe, sich zu entscheiden. Grösste Gefahr

für Osteuropa sind interne Spaltungen und nationalistische Tendenzen.

1993 brachte für Boris Jelzin die Wende. Der russische Präsident setzte sich, wenn auch zuletzt blutig, gegen seine altkommunistischen und faschistisch-nationalistischen Widersacher durch. Nach den Wahlen zum Staatsduma genannten Parlament und zum Föderationsrat sowie der Abstimmung über eine neue Verfassung am 12. Dezember dürfte Russland eine Regierung erhalten, die jene drastischen Reformen und Sparmassnahmen ergreifen wird, die das Land braucht, um zu gesunden.

Die Verfassung sichert dem Präsidenten eine stärkere Machtstellung als in jeder westlichen Demokratie. Der Präsident ist auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte, und Russland hat eine neue Militärdoktrin: Die Armee ist mit dem Erhalt der Einheit des Landes betraut, wobei nicht definiert ist, wo Russland beginnt und wo es endet. Laut Verteidigungsminister Pawel Gratschow «können es die Sicherheitsinteressen Russlands notwendig machen, Truppen und Mittel der Russischen Föderation ausserhalb der Grenzen ihres Territoriums zu stationieren». Der atomare Erstschlag ist erlaubt. Und Aussenminister Andrei Kosyrew gemäss «liegen die Hauptinteressen Russlands gegenwärtig in Osteuropa. Ausserdem, Hände weg von Nordostasien, dem Nahen Osten.» Das heisst, 1993 war auch das Jahr, in dem sich das russisch-sowjetische Imperium zurückmeldete.

Es gibt nicht nur die eine Grossmacht, die USA, sondern auch die (militärische) russische.

Zu den erfreulicheren Ereignissen des zu Ende gehenden Jahres 1993 gehört zweifellos das am 13. September in Washington zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) unterzeichnete Abkommen über begrenzte Autonomie für die Palästinenser im Gazastreifen und in Jericho. ■

Claudia Bourquin-Fässler, spezialisiert auf Umbauten und Renovationen

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf die engagierten Jugendlichen, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind, handeln und versuchen, tolerant auf andere Meinungen einzugehen.

Was bereitet Ihnen die grössten Sorgen?

Die Gleichgültigkeit eines Grossteils meiner Generation gegenüber Problemen in unserer Gesellschaft, solange sie sie nicht ganz persönlich betreffen.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Bei den Erfindungen habe ich Mühe, eine wichtigste zu definieren, bei der entbehrlichsten denke ich ans Fernsehen.

Was lieben Sie an der Schweiz?



Claudia Bourquin-Fässler liebt an der Schweiz die Möglichkeiten zur eigenen Entfaltung.

Die landschaftliche und kulturelle Vielfalt. Die vielen Möglichkeiten zur eigenen Entfaltung. Die direkte Demokratie mit ihren Vor- und Nachteilen.

Was missfällt Ihnen an der Schweiz?

Mangelnder Mut für Neues und Unkonventionelles.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells ein-

verstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Leider stimmt das.

Warum sind Sie bei der FDP?

Die Grundideen der FDP, Toleranz und Liberalismus, sind Voraussetzungen für neue Lösungsansätze sowie fortschrittliches Denken und Handeln. Eigenverantwortung anstelle von Schuldzuweisungen vermag Prozesse in Gang zu setzen.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker, wem würden Sie ihn verleihen?

Vielleicht in näherer Zukunft einer Politikerin.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Ehrlichkeit, Toleranz und Offenheit, Mut und Sachkenntnis.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Ärgerlich, Frauen sind immer noch benachteiligt, aber das Verbalisieren dieses Themas drängt uns in ein (Emanzen-)Klischee, das entwürdigend und nicht angebracht ist. Ich finde es bemüht, wenn ich mich für eine frauenfreundliche Haltung dauernd rechtfertigen muss.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Begeisterungsfähigkeit, Engagement, Neugierde, Toleranz und Offenheit sind Grundmotivation für meine Tätigkeit in der Öffentlichkeit, aber auch für meine private und berufliche Arbeit. Der Glaube an die Veränderbarkeit der Welt, an die Wichtigkeit, Ein-

fluss zu nehmen und damit etwas zu bewirken, und sehr viel Optimismus beflügeln mich, nach Lösungen zu suchen, anstatt Probleme zu wälzen. Ungeduld, spontanes «Dreinschiessen» und mein Desinteresse nach dem Konzeptentwurf, mich um Details zu kümmern, würde ich als meine Schwächen bezeichnen.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Ivo Andrić: «Die Brücke über die Drina». Ein erschütterndes Romandokument über die Hintergründe des Jugoslawien-Konflikts.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ausgedehnte Wanderungen und Bergtouren, Velofahrten mit der Familie oder auch allein, über Mittag ein- oder zweimal pro Woche in einem Fitnessstudio. Ich bemühe mich um eine ausgewogene, leichte Ernährung.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Die Öffentlichkeit dafür begeistern, dass sich die Anstrengungen um höchste Qualität lohnen. Allen Mut machen, dass die Lösung von Problemen nicht im schon bekannten und vorgegebenen Kompromiss liegt, sondern dass Visionen, auch wenn sie noch durchaus unrealistisch scheinen, als Zielvorgabe erarbeitet werden müssen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Franziska Greising, die FDP-Präsidentin von Basel, die sich engagiert für die Belange der Frau einsetzt.

KURZBIOGRAPHIE

Claudia Bourquin-Fässler

Zur Person: Aufgewachsen in Oberwil ZG mit 6 Geschwistern, Schulen in Zug, Studium in Zürich, 1978–1981 Aufenthalt in Saudiarabien, seit 1982 wohnhaft in Cham ZG. Verheiratet seit 1970, 1 Tochter (17 Jahre), 1 Sohn (14 Jahre).

Alter: Bald 46 Jahre.

Berufliche Stationen: Studium an der Architekturabteilung der ETH Zürich, Diplom 1973, bis zur Geburt der Tochter voll berufstätig, nachher kontinuierlich freiberuflich wechselnd von etwa zwanzig bis hundert Prozent. Ab 1982 eigenes Architekturbüro mit Ehemann, ab 1985 in eigener Regie. Spe-

zialisiert auf Umbauten, Renovationen Wohnbau/Hotelbau.

Politischer Werdegang: Seit 1983 Mitglied der FDP Cham, 1987 Mitglied der Baufachkommission Cham, seit 1991 Präsidentin dieser Kommission, seit 1991 Mitglied der Planungskommission. Gründungsmitglied des Zuger Clubs der Berufs- und Geschäftsfrauen, seit 1992 Präsidentin, Mitglied des Vorstandes der Zuger Frauenzentrale, Präsidentin des Finanzausschusses und Mitglied der Kommission Notwohnung.

Liebste Tätigkeit: Für die Familie und Freunde gut kochen und bei einem feinen Essen hitzig diskutieren, Ausflüge in die weitere und nähere Umgebung, lesen und reisen. Mit den Kindern musizieren. ■

Freisinnige Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen

Jugendpolitik

Jugend ans Steueruder. Wo ein frischer Wind weht, da stimmt der Kurs.

Die Zukunft der Schweiz soll am besten durch eine Jugend bestimmt werden. Das ist die Vision der FDP. Wir wollen, dass die Jugendlichen ihre Meinung zu den politischen Entscheidungen frei aussprechen können.

Freiheit gewinnt.

JBS FDP

Jugendliche Bewegung der Schweiz Freisinnig-Demokratische Partei

1

Frauen

Freiheit. Gleichheit. Schwesterlichkeit.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen. Das ist der Grund, weshalb wir für ein verlässliches Recht am Arbeitsplatz und für eine Gleichberechtigung in allen Lebenslagen kämpfen. Das ist unsere Aufgabe.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

2

Liberales Manifest

Freiheit heute und morgen

Verantwortung für Mitwelt und Nachwelt

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

3

Wohnen

Unser Vorschlag gegen die Wohnungsnot: Vorschriften abbauen. Wohnungen aufbauen.

Wohlfühl-Wohnraum für jeden ist das Ziel. Wir wollen, dass die Vorschriften für den Wohnungsbau abgebaut werden und die Wohnungsbaukosten gesenkt werden. Das ist unsere Aufgabe.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

4 (Neuaufgabe in Vorbereitung)

Umweltpolitik

Nur eine gesunde Wirtschaft schützt unsere Umwelt wirksam.

Die Umwelt ist unser Lebensraum. Wir wollen, dass die Wirtschaft die Umwelt wirksam schützt. Das ist unsere Aufgabe.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

5

Dazu stehen wir

Zielsetzungen und Postulate 1991 - 1995

FDP PRD PLR

Freisinnig-Demokratische Partei

6

FDP SPORT 2001

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

7

Asylpolitik

Mit dem Asylgesetz wollen wir Verfolgte schützen. Aber keine Einwanderer.

Wir wollen, dass die Asylgesetze wirksam sind und die Verfolgten geschützt werden. Das ist unsere Aufgabe.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

8

Bitte senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr. 1 2 3 4 5 6 7 8

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren kosten

die Nummern 1 2 4 5 8 je Fr. -50

die Nummern 3 6 7 je Fr. 1.-

Name/Vorname: _____

12/93

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51



Trotz Nichtmitgliedschaft bei der Uno muss die Schweiz ihre Tätigkeit in den Sonderorganisationen dieser Vereinigung konzentriert fortsetzen: eine der Aussagen aus dem aussenpolitischen Grundsatzpapier der FDP. (Photo Keystone)

«Die FDP wird auch zukünftig eine Führungsrolle haben»

Im November hat die eidgenössische FDP-Fraktion ein aussenpolitisches Grundsatzpapier verabschiedet, das im FDP-Ausschuss für Aussenpolitik erarbeitet worden war und in diesem «Freisinn» veröffentlicht wird. Der Thurgauer Nationalrat Ernst Mühlemann ist Präsident dieses Ausschusses. Im Parlament ist er Mitglied der aussenpolitischen Kommission, deren Präsidium er demnächst übernehmen wird. Im Gespräch mit Ernst Mühlemann geht es um Aussenpolitik im allgemeinen und die Stossrichtung der FDP-Aussenpolitik im speziellen.



Nationalrat Ernst Mühlemann: «Wir müssen alles versuchen, um an der wirtschaftlichen Eigenleistung der EG teilzuhaben, ohne vorerst an der EU teilzunehmen.» (Photo ruti)

Interview:
Anna-Marie Kappeler

Worin besteht die Bedeutung des aktuellen FDP-Grundsatzpapiers über Aussenpolitik?

Ernst Mühlemann: «Das Grundsatzpapier FDP-Aussenpolitik soll Fraktion und Partei auf einer gemeinsamen Plattform zusammenführen und im Gegensatz zu den andern Bundesratsparteien Geschlossenheit in den wichtigsten aussenpolitischen Fragen demonstrieren.»

Was ist neu in diesem Grundsatzpapier?

Ernst Mühlemann: «Das von der Fraktion verabschiedete Strategiepapier ist eine folgerichtige Er-

gänzung früherer Positionsbezüge und soll vor allem in der Europapolitik Klarheit schaffen. Wir wollen die bilateralen Gespräche mit der Europäischen Union (EU) ernsthaft vorantrei-

ben und nicht mit politischen Zukunftserklärungen belasten, wobei selbstverständlich alle möglichen Optionen offenbleiben müssen.»

Welche Rolle spielt die Aussenpolitik in unserem Land?

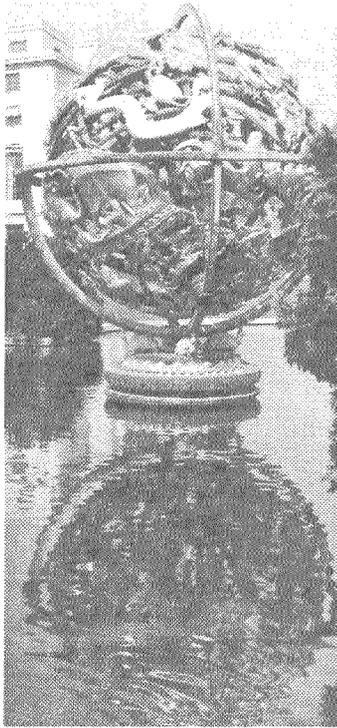
Ernst Mühlemann: «Da in der direkten Demokratie das letzte Wort beim Volk ist, muss besonders in wichtigen aussenpolitischen Fragen Geschlossenheit bei Bundesrat, Parlament und Verwaltung erreicht werden. In der politischen Führungsarbeit mangelt es an Integrationswillen, konstruktive Lösungen über Parteigrenzen hinweg zu erzwingen.»

Im FDP-Papier wird gefordert, dass die politische Führungsarbeit im aussenpolitischen Bereich verstärkt und verbessert wird. Wie wollen sie diese als neuer Präsident der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates verbessern?

Ernst Mühlemann: «Ich werde als neuer Präsident der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, wie meine Vorgänger übrigens, um den gemeinsamen Nenner der Bundesratsparteien ringen und eine noch engere Zusammenarbeit mit dem Bundesrat suchen.»

Nationalrat Blocher setzt seinen Kampf gegen die EG (Europäische Gemeinschaft) beziehungsweise gegen die EU (Europäische Union) unvermindert fort. Auffallend ist, dass er auch für die bilateralen Verhandlungen zu keinerlei Konzessionen bereit ist. Wird sich der Graben, der am 6. Dezember 1992 aufgerissen wurde, nicht mehr schliessen?

Ernst Mühlemann: «Nationalrat Christoph Blocher betreibt seit langem eine Diffamierungskampagne gegen die zentralistischen Tendenzen in Brüssel. Er wird sich einem vernünftigen Kooperationsvertrag im Bereich Wirtschaft, Verkehr und Forschung kaum verschliessen können, sofern der Bundesrat diesen erweiterten Freihandelsvertrag nicht



Die aussenpolitische Weichenstellung erfolgt immer mehr in multilateralen Rahmen. (Photo Keystone)

wieder als provisorischen Zwischenschritt zum politischen Vollbeitritt zur EU bezeichnet.»

Wie beurteilen Sie die bisherige und zukünftige Rolle der FDP in der Europafrage?

Ernst Mühlemann: «Die FDP hatte bisher und wird auch zukünftig eine Führungsrolle in der Europafrage haben, denn der realistische Mittelweg zwischen rückwärtsorientierter Abkapselung und der Flucht nach vorne findet eine breite Mehrheit auch in der Basis unserer Partei.»

In den Ländern der EU wird Brüssel in der Bevölkerung immer wieder hart kritisiert. Ist die politische Union à la Maastricht nicht doch eine Fehlkonstruktion?

Ernst Mühlemann: «Die Schaffung des Binnenmarktes war notwendig, um dem wirtschaftspolitischen Ansturm der Amerikaner und Japaner zu begegnen. Hier kann die Schweiz nicht im Abseits bleiben, wenn sie den Wohlstand erhalten will. Europa braucht aber auch eine langfristige Friedens- und Sicherheitspolitik, so dass eine politische Union mit föderalistischem Charakter notwendig ist. Die Schweiz kann dank dem allseits

anerkannten neutralen Status abwartend bleiben, darf aber solidarische Zusammenarbeit nicht verweigern.»

Ein besonderes Anliegen ist Ihnen, der ja selber aus einem Grenzkanton kommt, immer wieder auch die Zusammenarbeit einzelner Regionen über die Landesgrenzen hinaus. Sehen Sie in einem Europa der Regionen aber nicht auch die Gefahr der Auflösung der Willesnation Schweiz?

Ernst Mühlemann: «Die Wiege der Schweiz steht zwar auf dem Rütli, aber heute sind Genfer- und Bodensee, Basel und Chiaso entscheidende Regionen der Verzahnung mit Europa. Unser Nationalgefühl ist so stark, dass die dringend notwendige Verbesserung des kleinen Grenzverkehrs keine Gefährdung des inneren Zusammenhalts der Schweiz darstellt.»

Wie, glauben Sie, stehen die Aussichten, dass das Schweizervolk den Gatt-Vertrag akzeptieren wird?

Ernst Mühlemann: «Das Schweizervolk wird den Gatt-Vertrag akzeptieren, da die globalen Freihandelsregeln den kleineren Staaten faire und chancenreiche Wettbewerbsbedingungen bringen. Die Nachteile im Bereich der Landwirtschaft müssen wir durch eigenstaatliche Lösungen verbessern.»

Was sagen Sie zur Bildung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens Nafta, des Wirtschaftsraumes von Kanada über die USA bis nach Mexiko? Welche Bezüge sehen Sie zu Europa?

Ernst Mühlemann: «Das Nafta ist eine Abwehrreaktion auf den erstarkten europäischen Binnenmarkt. Wir müssen deshalb alles versuchen, um an der wirtschaftlichen Eigenleistung der EG teilzuhaben, ohne vorerst an der EU teilzunehmen.»

FDP-POSITION

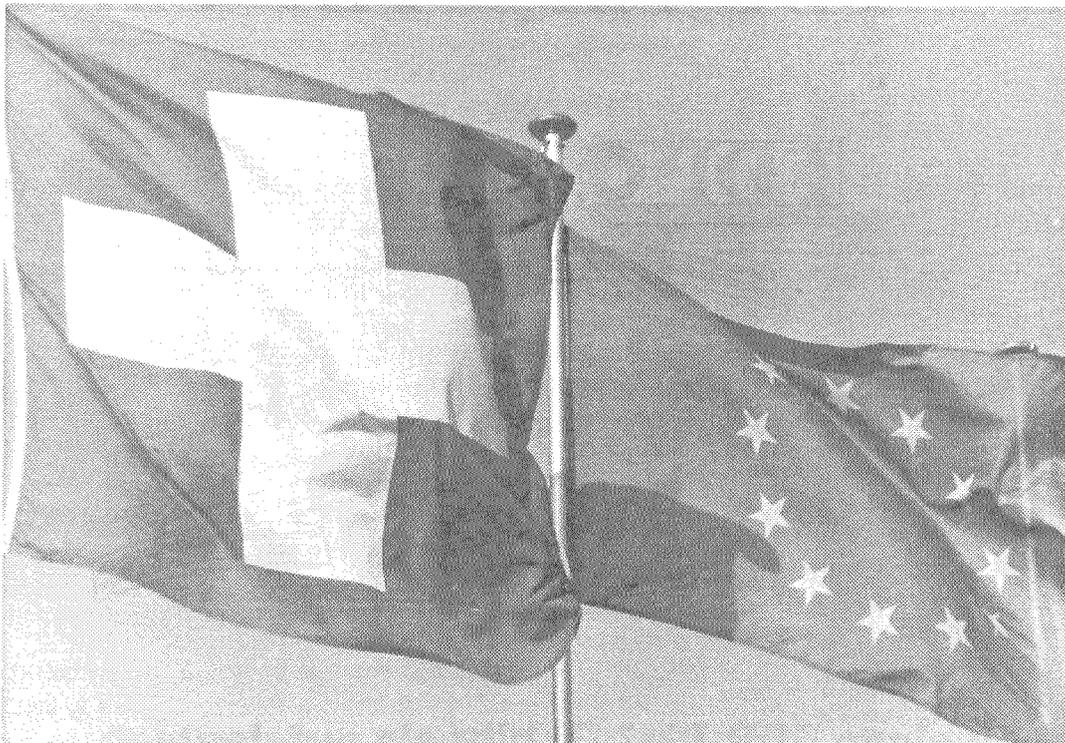
Bilateraler Weg hat Vorrang

Die FDP beurteilt den Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik als wertvolle Grundlage für einen Dialog mit dem Volk. Sie begrüsst die vom Bundesrat vorgeschlagene problemorientierte Vorgehensweise. Für die Partei steht der bilaterale Weg klar im Vordergrund. Ein Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder zur Europäischen Union (EU) sind strategische Optionen, die es permanent zu überprüfen gilt.

Die Ablehnung des EWR-Vertrages erachtet die FDP als klaren Auftrag für bilaterale Verhandlungen, die es entschlossen anzugehen gilt. Bilaterale Verhandlungen sind somit nicht als provisorische Zwischenstation zum Vollbeitritt zu deklarieren, sondern als Auffangnetze. Eine einseitige Ausrichtung auf eine Mitgliedschaft der Schweiz bei der EU würde das innenpolitische Klima belasten und unseren Handlungsspielraum beeinträchtigen. Parallelverhandlungen sind deshalb abzulehnen. Für die FDP bildet ein schweizerischer Beitritt zur EU eine wichtige strategische Option und nicht ein strategisches Ziel.

Für die FDP ist die Wahrnehmung aller Chancen durch den Bundesrat von entscheidender Bedeutung. Dazu gehört insbesondere auch die Offenhaltung der strategischen Option eines späteren EWR-Beitritts. Die Haltung des Bundesrates, von einem Beitrittstermin abzusehen, erachtet die FDP als Voraussetzung für eine konstruktive Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung der Beziehungen der Schweiz mit der EU. Für die FDP ist die innenpolitische Abstützung der Aussenpolitik eine zentrale Aufgabe des Bundesrates.

Aussenpolitische Grundsätze der FDP



Das Nein zum EWR-Vertrag ist für die FDP kein Grund, sich aus der Aussenpolitik zurückzuziehen. (Photo Keystone)

Aussenpolitische Ausgangslage

Seit 1985 versucht Westeuropa im Rahmen der EG, die wirtschaftspolitische Bedeutung durch Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes zu stärken und den ökonomischen Wettbewerb mit dem nordamerikanischen und dem fernostasiatischen Raum erfolgreich zu gestalten. Die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Integration besteht in der Schaffung einer Währungsunion und einer politischen Gemeinschaft à la Maastricht. Gravierende innenpolitische Krisen, erfolglose Friedensvermittlung in Jugoslawien und schwierige Zusammenarbeit mit ehemaligen kommunistischen Staaten verunmöglichen bis jetzt eine wirksame aussen- und sicherheitspolitische Kooperation im neu entstehenden Europa.

Seit dem Rückzug der Sowjetunion aus Osteuropa und Afghanistan sowie dem faktischen Verzicht auf die Weltrevolution ist das kommunistische Imperium zusammengebrochen. Der ehrgeizige Versuch, von der Diktatur

auf die Demokratie und von der Planwirtschaft auf die Marktwirtschaft umzusteigen, brachte bis jetzt nur partielle Erfolge. Vielerorts sind restaurative Rückfälle zu verzeichnen, die im schlimmsten Fall in bürgerkriegsähnlichen Zuständen enden.

Mit dem Ende des kalten Krieges ist eine multipolare Weltordnung im Entstehen, die ein stärkeres Engagement aller Nationen bedingt, um die existentiellen Probleme unseres Planeten zu lösen. Die Förderung von Friede und Sicherheit, der Schutz von Menschen- und Minderheitsrechten, die Pflege von Demokratie und Rechtsstaat, die Schaffung von Wohlfahrt und sozialer Gerechtigkeit und der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen müssen im Mittelpunkt aller Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft stehen.

Innenpolitische Situation

Die veränderte aussenpolitische Ausgangslage zwingt die Schweiz zu einer Neuorientierung in ihrer Aussen-, Sicherheits-, Innen- und Wirtschaftspolitik, wobei der

vom Volk bestimmte Weg als Chance zu nutzen ist, um in aktiver Weise eine eigenständige Zusammenarbeit mit dem Ausland zu suchen.

Trotz der weltweiten Ausrichtung hat die schweizerische Aussenpolitik dem Umstand Rechnung zu tragen, dass unser Land politisch, wirtschaftlich, kulturell und sozial vor allem dem benachbarten Europa verbunden bleibt. Die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen muss Schwerpunkt der politischen Anstrengungen in einem Kleinstaat sein, der sich in einer rohstoffarmen Binnenlage befindet und deshalb ausserordentlich stark vom Ausland abhängig ist. Es ist aber für die längerfristige Bedeutung der Schweiz auch wichtig, dass die politische Mitwirkung in der Neugestaltung Europas einen angemessenen Platz einnimmt und damit auch zur Sicherheit des Kontinents beiträgt.

Die internationale Stellung eines Landes wird heute nachhaltig durch praktizierte Solidarität und Übernahme von Mitverantwortung in der Lösung existenzentscheidender Probleme (Über-

bevölkerung, Nationalkonflikte, Flüchtlingsbewegungen, Krankheitsepidemien, Kriminalität und Naturkatastrophen) bestimmt. Die Schweiz kann mit verstärkter solidarischer Haltung beweisen, dass die neutrale Grundhaltung nicht nur defensiven Zwecken dient, sondern auch Chance zu internationaler Hilfe darstellt. Da die Schweiz von den Auswirkungen dieser existenzentscheidenden Probleme stark mitbetroffen ist, hat sie ein grosses Eigeninteresse, an deren Lösung mitzuwirken.

Die Diskussion um den EWR-Vertrag zeigt deutlich, dass unsere Aussenpolitik noch zu wenig innenpolitische Abstützung hat. Bundesrat, Parlament, Verwaltung und Medien müssen deshalb die aussenpolitische Strategie dem Volk frühzeitig erkennbar machen und dadurch beweisen, dass die Vertiefung der internationalen Beziehungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erfolgt.

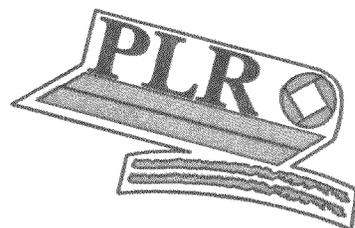
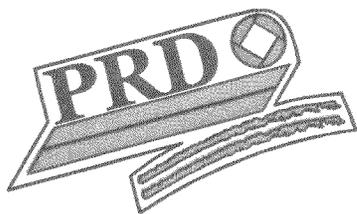
Das Nein zum EWR-Vertrag ist kein Grund, um sich aus der Aussenpolitik zurückzuziehen und abzuschotten. Es gilt vielmehr, auf allen Ebenen Möglichkeiten auszuloten, damit in aktiver Weise die Zusammenarbeit mit dem Ausland verstärkt werden kann. Das bisherige aussenpolitische Konzept bedarf deshalb klarer Ausrichtung auf Solidarität und Universalität, denn es gilt, die Öffnung in den globalen, kontinentalen, nationalen und grenzregionalen Bereichen zu erweitern.

Globale Zusammenarbeit

Die aussenpolitische Weichenstellung erfolgt immer mehr im multilateralen Rahmen. Ein Abseitsstehen der Schweiz schränkt unseren Handlungsspielraum ein. Die Schweiz muss deshalb trotz Nichtmitgliedschaft bei der Uno ihre Tätigkeit in den Sonderorganisationen dieser Vereinigung konzentriert fortsetzen und

Fortsetzung auf Seite 12

FDP-Pin – FDP-Pin – FDP-Pin



Haben Sie schon einen FDP-Pin? Es gibt sie auf deutsch, französisch und italienisch.

Die Auflage ist numeriert und limitiert (total 5000 Stück).

Wir bestellen _____ Stück FDP-Pin in Deutsch à Fr. 5.–
 Wir bestellen _____ Stück FDP-Pin in Französisch à Fr. 5.–
 Wir bestellen _____ Stück FDP-Pin in Italienisch à Fr. 5.–
 inkl. Porto und Verpackung

Wir bestellen _____ Set FDP/PRD/PLR-Pins à Fr. 15.–
 inkl. Porto und Verpackung

Name: _____

12/93

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern.

Zum Gedenken an Pierre Etique



Die FDP-Fraktion der eidgenössischen Räte nahm Abschied von Nationalrat Pierre Etique.

Der Tod von Nationalrat Pierre Etique (JU) war für seine Freunde keine Überraschung. Vor einigen Wochen erzählte er ihnen von seiner schweren Krankheit, ohne zu verheimlichen, dass er vom unausweichlichen Ausgang wusste. Die Klarheit, die dieser Mann in seiner politischen Tätigkeit bewies, zeigte sich auch in diesem schweren Moment seines eigenen Lebens.

Die, die ihm nahe waren, erkannten ihn darin. Sowohl in seiner beruflichen Tätigkeit wie auch in seiner parlamentarischen Arbeit war Pierre Etique ein Kämpfer, der sich mit einer beispielhaften Energie in die Dossiers stürzte. Seine Überzeugungskraft war gross, seine politische Sensibilität, verbunden mit seinem staatspolitischen Sinn, erlaubte es ihm immer wieder, Lösungen auch für schwierige Probleme zu finden.

Als Jurassier wusste Pierre Etique die Liebe für sein Volk zu zeigen. Als Freisinniger bekämpfte er lange Zeit den Separatismus. Als aber der Tag gekommen war, hat er – vor allem als Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung – die Sache des neuen Kantons voll und ganz zu seiner eigenen gemacht. Diese Loyalität hat das Volk verstanden und wusste sie zu schätzen.

Seine Neigung lag insbesondere im Bereich der Wirtschaft, was sich einerseits in seiner Tätigkeit als Direktor der Kaufmännischen Berufsschule von Pruntrut zeigte, andererseits in der Politik. Dafür bezeichnend sind seine Ideen im Bereich der Arbeitslosenversicherung, die Verteidigung regionaler Interessen und die Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus, wozu auch sein europapolitisches Engagement gehört. Wirtschaft verstand Pierre Etique als im Dienste des Menschen stehend. Seine Arbeit im Parlament, seine Funktionen als Präsident der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur sowie als Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen zeugen davon.

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) wusste seine Qualitäten zu schätzen. Pierre Etique bekleidete das Amt des Vizepräsidenten der Partei. Wie für die kantonale FDP war er auch für die schweizerische Partei stets bereit, sich für deren Anliegen einzusetzen. So trat er mehrmals an Delegiertenversammlungen auf und wusste als glänzender Redner seine Zuhörer zu begeistern. Pierre Etique war auch Präsident des «Groupe latin», in dem die französisch- und italienischsprachigen Mitglieder der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung vereinigt sind.

Pierre Etique, der im Alter von 48 Jahren gestorben ist, in einem Alter, in dem ihn noch grosse Aufgaben erwartet hätten, hinterlässt eine grosse Lücke. Seine Freunde werden sein strahlendes Lachen, seine Geselligkeit, seine brillante Rhetorik, seine Intelligenz und seine Grosszügigkeit nicht vergessen.

Etienne Jeanneret

KOLUMNE

Den Sozialismus überwinden – oder doch lieber den Kapitalismus?



«In den nächsten zwölf Jahren steht eine Überwindung des Kapitalismus in den entwickelten Industrieländern nicht auf der Tagesordnung. Es fehlt an den politischen Kräften, die dies wollen, und es fehlt an einem überzeugenden, realistischen Konzept zur Überwindung des Kapitalismus.» Dieser Satz steht nicht im Wahlpamphlet einer rechtsbürgerlichen Gruppe, sondern im Entwurf eines Wirtschaftsprogramms der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Er hat die Hauptverfasser des «Sozialismus-Moratoriums», SPS-Präsident Peter Bodenmann und Nationalrat Elmar Ledergerber, unter den scharfen Beschuss des linken Flügels der eigenen Partei gebracht. Sie mussten im Parteivorstand zugestehen, dass die «Überwindung des Kapitalismus» zu Recht im Parteiprogramm von 1982 gefordert worden sei... Aber damit dürfte es am Parteitag Ende Juni 1994 kaum sein Bewenden haben. Einen Vorgeschmack der zu erwartenden bissigen Kritik aus der marxistisch orientierten linken Ecke gibt der Chefredaktor der «Neuen Wege», Willy Spieler, in seiner November-Nummer. Das neue Programm mache die Sozialdemokratie zu einer «Reparaturkolonne des Kapitals»; ob es denn wirklich Sache einer sozialdemokratischen Partei sei, «ihr ideologisches Ende in vorausweisendem Gehorsam gegenüber dem Kapital selber einzuläuten», denn der Bruch mit dem Kapitalismus sei eine Grundsatzfrage und eine ethische Aufgabe: Das Programm lese sich wie eine «Kapitulationsurkunde des demokratischen Sozialismus». Schliesslich wird mit einer neuen linken Sammelbewegung wie in Genf gedroht, wenn der «Bruch mit dem Kapitalismus» gegen

den «Bruch mit dem Sozialismus» eingetauscht werde.

Diese emotionalen Reaktionen zeigen deutlich das *ideologische Dilemma* auf, in das die Sozialdemokratie durch das Ende des «real existierenden Sozialismus» geraten ist. Nachdem sie – wie die europäischen Schwesterparteien – zunächst die Sprache verloren hatte, legt sie nun ein als Wirtschaftsprogramm deklariertes neues Parteiprogramm vor, das deutliche Züge eines *Zwitter*s hat. Der von der Marktwirtschaft begrifflich krampfhaft abgesetzte «Kapitalismus» wird unverändert scharf unter Beschuss genommen. Er ist «sozial, ökologisch und geographisch blind und zerstörerisch». Der Trend zur Verarmung und zur Kapitalkonzentration gehe weiter; die Entwicklung sei unter dem «Blickwinkel der sozialen Gerechtigkeit skandalös», sie gefährde den sozialen Frieden. Und deshalb wird das Papier ein Programm der «radikalen Reformen» genannt. Aber von einem neuen Konzept zur Überwindung des «Kapitalismus» ist nichts zu sehen.

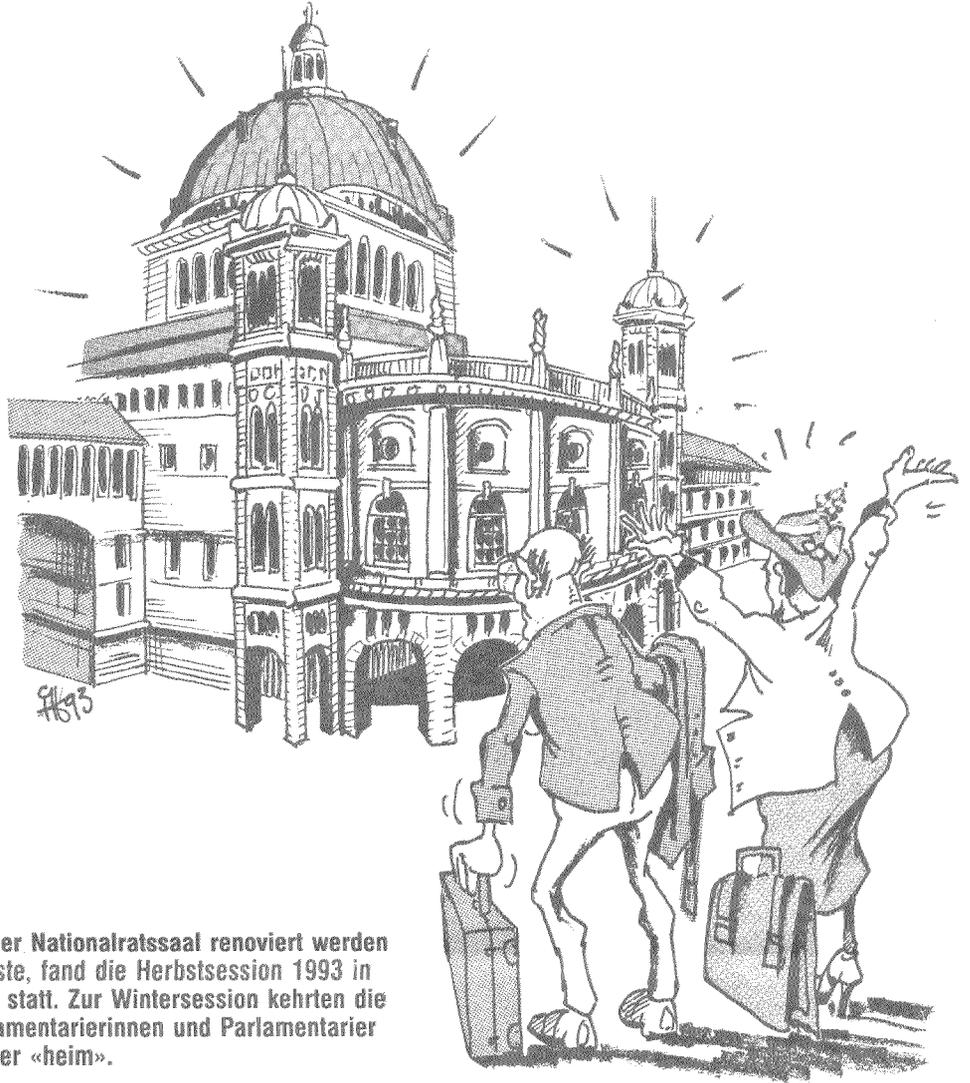
Kartellverbot und Fusionskontrolle sind zwar im Programm enthalten. Aber: «Ohne Staat geht wenig bis nichts», wie eine Kapitelüberschrift lautet. Und die *Staatsquote* würde *wesentlich erhöht*: die Mehrwertsteuer soll auf 15 Prozent steigen (obwohl wir mühsam für 6,5 in der Volksabstimmung kämpften); die zusätzlichen 14 Milliarden wären für Krankenkassenprämien vor allem zu verwenden. Weiter verlangt die SPS eine schweizerische Reichtumssteuer, eine Kapitalgewinnsteuer und nach dem Verkehrswert berechnete Fiskalabgaben auf dem Vermögen. In der politischen Praxis dürfte also *der alte sozialdemokratische Etatismus* – ob mit oder ohne Sozialismus im Programmtext – weiter blühen.

*Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen*

1993

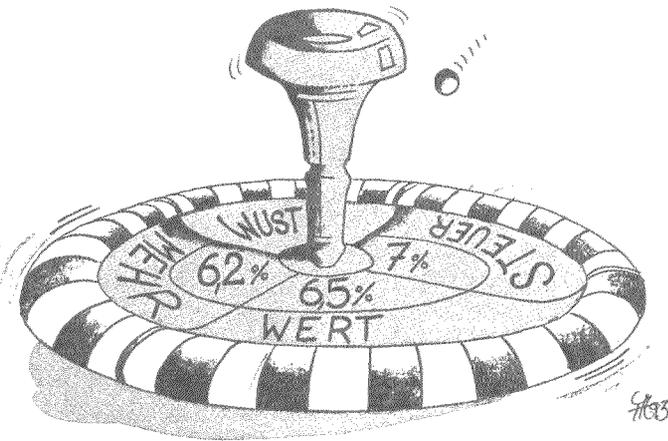
im Spiegel
von
Karikaturen

Karikaturen: Andreas Töns



Da der Nationalratssaal renoviert werden musste, fand die Herbstsession 1993 in Genf statt. Zur Wintersession kehrten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier wieder «heim».

WINTERSESSION '93 WIEDER DAHEIM



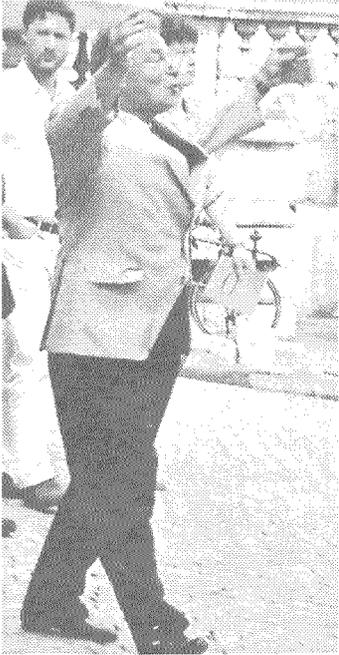
LES JEUX NE SONT PAS ENCORE FAITS.

Nach einem Hin und Her zwischen Bundesrat und Parlament hat das Schweizer Volk am 28. November 1993 Ja gesagt zu einem Systemwechsel und zu einem Satz von 6,5 Prozent.



Die roten Zahlen bei den öffentlichen Haushalten haben die Schweizerinnen und Schweizer aufgeschreckt.

« DER BUND MUSS ENDLICH DEN SPARBEWEIS ERBRINGEN ! »



Bundesrat Delamuraz begrüsst das ganze Volk.



Nicht überall in der FDP sind die Frauen so gut vertreten.

(Photos ruti/rus/stä)



Arbeit im Hintergrund einer Delegiertenversammlung: die Übersetzungskabine.

Aus dem Parteileben 1993

Photos: Walter Rutishauser



Seinen Hang zu fliegenden Objekten offenbarte Bundesrat Viliger am Fraktionsausflug.



Nein, so einsam mussten Parteipräsident Steinegger und Generalsekretär Kauter die Partei selten führen.

Fortsetzung von Seite 7

die Arbeit beim Internationalen Währungsfonds und in der Weltbank vertiefen. Die aktive Mitwirkung ist auch in den Welthandelsorganisationen Gatt und OECD zu verstärken. Im besonderen gilt es, das Gatt-Abkommen mit den weltweiten Handels erleichterungen zu erneuern, um die Wettbewerbsbedingungen für den Werk- sowie Dienstleistungsplatz Schweiz zu verbessern und die Interessen der Landwirtschaft soweit als möglich zu wahren. Besonderes Augenmerk ist dabei auf sich abzeichnende Gewichtsverlagerungen im internationalen Rahmen zu legen, insbesondere was das Nafta und den ostasiatischen Raum betrifft. Es geht vor allem um folgende Postulate:

- Erfolgreicher Abschluss der Gatt-Verhandlungen in der Uruguay-Runde und Annahme der Ergebnisse in der Schweiz.
- Zeitliche Abstimmung einer Uno-Mitgliedschaft auf die politischen Umstände.
- Fachliche Beratung von Staaten mit neuen demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen.
- Präventive Diplomatie zur Kriegsverhinderung.
- Aktive Mithilfe an friedenserhaltenden Operationen.
- Koordinierte Entwicklungszusammenarbeit mit internationalen Organisationen in Kooperation mit der schweizerischen Wirtschaft.
- Gezielter Einsatz zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Kontinentale Öffnung

Die Schweiz muss ihre bilaterale Verbindung zur EG über die drei Brücken Freihandel, Verkehr sowie Forschung und Bildung schrittweise verstärken und dabei in enger Verbindung zum Europäischen Wirtschaftsraum bleiben. Die innerschweizerischen Liberalisierungsmassnahmen sind überall dort, wo sie auch europäischen Interessen entsprechen, in die gemeinsamen Gespräche einzubringen. Die Verhandlungen sollen zu einer vertieften Kooperation füh-

ren, die nicht mit politischen Zukunftserklärungen gekoppelt sein darf. Die Möglichkeit zur Akzeptanz eines zweiten, veränderten EWR-Vertrages ist nicht zu verbauen, und auch die Option zum Vollbeitritt zu einer politischen Union Europas sollte offenbleiben. Die Mitarbeit im Europarat muss intensiviert werden, um den geistigen Aufbau Europas bei der Förderung persönlicher und politischer Freiheitsrechte und der Bewahrung des kulturellen Erbes zu unterstützen. In ähnlichem Sinne gilt es, die Mitwirkung bei der KSZE fortzusetzen, damit die Sicherheit für eine dauernde Friedensordnung in Europa gefestigt wird. Im Mittelpunkt der Europapolitik stehen folgende Postulate:

- Faire Respektierung des EWR-Entscheides vom 6. 12. 92.
- Zielbewusste Realisierung eines bilateralen Kooperationsvertrages in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr sowie Forschung und Bildung.
- Zeitlich nicht fixierte Offenhaltung der Optionen Zweitaufgabe EWR-Vertrag und EG-Vollbeitritt.
- Pragmatische Vertiefung des aussen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Dialogs mit europäischen Institutionen (EG/EFTA / Nato / WEU).
- Aktive Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen der KSZE.
- Akzentuierte Führungsrolle im Europarat zur Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Kultur.
- Nachhaltige Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Reformprozesses in den ehemaligen kommunistischen Staaten, unter anderem auch durch deren Beteiligung an der westeuropäischen Integration.

Nationale Ausrichtung

Unsere Aussenpolitik fusst auf der Basis der neutralen Tradition, die im Volk immer noch stark verankert ist. Die Neutralitätspolitik dient den eigenen sicherheitspolitischen Bedürfnissen und will den Friedensbestrebungen der Völkergemeinschaft Rechnung tragen. Im Rahmen dieser Zielsetzung ist zur Wahrung der Unabhängigkeit ein

wirksames militärisches Instrument zu erhalten, und gleichzeitig sind für die Friedenserhaltung in internationalen Konflikten die Guten Dienste vermehrt anzubieten. Folgende Postulate stehen dabei im Mittelpunkt:

- Situationsgerechte Anpassung der Neutralitätspolitik.
- Verstärktes Engagement im Rahmen der Guten Dienste.
- Freiwilliger militärischer Einsatz im Ausland für friedenserhaltende Massnahmen.
- Projektorientierte Entwicklungszusammenarbeit mit exemplarischem Charakter auf bilateralem Wege.
- Zielgerichtete Unterstützung des internationalen Standortes Genf mit dem Sitz des Roten Kreuzes.
- Engere Zusammenarbeit in der Aussenpolitik zwischen Bundesrat und Parlament.
- Verbesserung der aussenpolitischen Kooperation mit den Auslandsschweizern.

Grenzüberschreitende Aktivität

Die schweizerischen Grenzregionen bilden die direkten Tore zu den europäischen Nachbarn und benötigen grössere Autonomie und stärkere Unterstützung, ohne dass dadurch die Beziehungen zu den Binnenregionen beeinträchtigt werden. Grenzüberschreitende Regionen erlauben Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr und bewirken Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Projekten von Wirtschaft, Ökologie, Raumplanung, Tourismus, Bildung, Kultur, Medien und Sport. Die teilweise bestehenden regionalpolitischen Strukturen in den Räumen Genfersee, Jura, Basel, Bodensee, Engadin und Tessin sind auszubauen, damit auch eine Förderung durch die interregionalen Programme der EG möglich wird. Es ergeben sich dabei folgende Postulate:

- Stärkere Ausnützung der verfassungsrechtlichen Kompetenzen durch die Grenzkantone.
- Situative Koordination der grenzüberschreitenden Aktivitäten durch den Bund.
- Zielgerichtete Unterstützung zukunftsorientierter Projekte in den Grenzräumen.

■ Schrittweise Realisierung der EWR-Errungenschaften im kleinen Grenzverkehr.

■ Aktive Mitwirkung in internationalen Vereinigungen für ein «Europa der Regionen».

■ Kooperative Beteiligung am interregionalen Finanzierungsfonds der EG.

■ Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für den Ausbau der grenzüberschreitenden Europaregionen.

Stärkung der aussenpolitischen Führung

Die politische Führungsarbeit im aussenpolitischen Bereich muss verstärkt und verbessert werden. Dies bedingt eine engere Zusammenarbeit zwischen Bundesrat und Parlament, wobei das Informations- und Mitspracherecht der aussenpolitischen Kommissionen sinnvoll angewendet werden sollte. Es ist auch notwendig, dass die Bundesratsparteien in den wichtigsten Fragen der Aussenpolitik einen gemeinsamen Nenner finden, um innenpolitische Verwirrung zu verhindern. Die Tätigkeit unserer Diplomaten im Ausland ist umfassender zu gestalten, indem auch die Vertreter von Wirtschaft und Kultur in das aussenpolitische Aktionsfeld einbezogen werden. Besondere Anstrengungen gelten dem Anliegen, den innenpolitischen Rückhalt beim Volk zu verstärken, um die notwendige Zustimmung in Volksabstimmungen zu erhalten. Vor allem sind politische Mechanismen zu entwickeln, damit die Ergebnisse der bilateralen Abkommen innenpolitisch umgesetzt werden können. ■

Die neue «Epoche» der europäischen Integration

Seit dem 1. November 1993 ist der Vertrag von Maastricht in Kraft. Äusserliches Zeichen dieses Statuswechsels ist die Namensänderung. Die Ablösung der Europäischen Gemeinschaft (EG) zugunsten der Europäischen Union (EU) hat aber nicht nur einen formellen, sondern auch einen inhaltlichen Charakter. Mit dem Stichtag des ersten Novembers ist für die zwölf Mitgliedstaaten nämlich eine neue «Epoche» der Kooperation und Integration angebrochen.

◊ Sven Bradke

Nach einjähriger Verhandlungszeit ist der Vertrag zur Europäischen Union am 7. Februar 1992 von den zwölf Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten in Maastricht unterzeichnet worden. Seither musste dieser Rechtstext ein langes und mühsames Ratifikationsverfahren durchlaufen. Gemäss EWG-Vertrag tritt eine Vertragsänderung erst dann in Kraft, wenn sämtliche Mitgliedstaaten gemäss den eigenen verfassungsrechtlichen Vorschriften einer Revision zugestimmt haben.

Bekanntlich erforderte dieses Prozedere u. a. zwei dänische und eine französische Volksabstimmung sowie ein lang andauerndes Hickhack im Parlament von England. Zudem musste das deutsche Bundesverfassungsgericht die Vereinbarkeit der Europäischen Union mit dem deutschen Grundgesetz überprüfen. Letzteres führte zum interessanten Ergebnis, dass der Vertrag von Maastricht so lange keinen Verfassungsbruch darstellt wie eine «vom Volk ausgehende Legitimation und Einflussnahme auch innerhalb des Staatenverbundes gesichert» sei und «die demokratischen Grundlagen der

Union, Schritt haltend mit der Integration, ausgebaut» würden.

Was ist neu?

Nun, da der Vertrag endlich formelle Rechtskraft erlangt hat, stellt sich die Frage, was an diesem Vertrag eigentlich neu sein soll. Formell wurde um das bisherige Recht ein vertraglicher Mantel namens Europäische Union (EU) gehüllt. Darin befinden sich die ehemaligen und justiziablen Normen des EWG-Vertrages, der neuerdings EG-Vertrag heisst, die institutionellen Grundprinzipien und die zwischenstaatlichen Regelungen.

Zu den Grundprinzipien zählen die demokratischen Grundwerte sowie die wirtschaftlichen und politischen Ziele der Union. Als zwischenstaatliche Regelungen gelten jene Bereiche, bei denen die Mitgliedstaaten mittels einer koordinierten Politik gemeinsam vorgehen wollen (Aussen- und Sicherheitspolitik, Justiz und Inneres).

Aus Schweizer Sicht ist die Überführung des Beitrittsartikels vom EWG-Vertrag in den Unionsvertrag von Interesse. Sollte die Schweiz die Option des EG-Beitritts gesuches einmal ausüben wollen, bleibt bei der heutigen Rechtslage nur mehr der Beitritt zur gesamten Europäischen Union. Eine EU-Teilmitgliedschaft ist fortan ausgeschlossen.

Zentrale Punkte

Materiell bringt der Vertrag zur Europäischen Union den graduellen Einstieg in eine Wirtschafts- und Währungsunion, die Schaffung eines Regionalparlamentes, eine demokratischere Form der Rechtsetzung und der Behördenwahl, eine verfassungsrechtliche Verpflichtung zur Subsidiarität, eine Unionsbürgerschaft sowie eine koordinierte Aussen- und Sicherheitspolitik.

Zentrale Punkte dieses Unionsvertrages sind selbstverständlich die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion



Aus Schweizer Sicht ist die Überführung des Beitrittsartikels vom EWR-Vertrag in den Unionsvertrag von Interesse. (Photo Keystone)

Zitate der EU zur zukünftigen Beziehung mit der Schweiz*

«... Der Rat hat von der Europapolitik des Bundesrates Kenntnis genommen, alle Optionen der Integrationspolitik offenhalten zu wollen. Darunter ist eine aktive Kooperation mit der Gemeinschaft im Rahmen der Weiterentwicklung der bestehenden Situation, eine Teilnahme am EWR wie auch an der Europäischen Union zu verstehen. Der Rat hat ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass die Schweiz derzeit eine sofortige Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen mit der Gemeinschaft wünscht...»

«... Der Rat hat den Willen bekundet, mit der Schweiz über sektorielle Verträge sowie über

die Weiterentwicklung des Freihandelsvertrages zu verhandeln. Die Verträge müssen allerdings auf einem globalen Gleichgewicht der gegenseitigen Vorteile beruhen...»

«... Der Rat glaubt, dass sich die Beziehungen der Union mit der Schweiz auf folgenden Gebieten weiterentwickeln könnten: Transport, freier Personenverkehr, Forschung, Marktzutritt für Landwirtschaftsprodukte, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, phytosanitäre Gesetzgebung, geistiges Eigentum, Ursprungsregeln...»

* Frei übersetzt aus dem Press Release vom 8./9. 11. 93.

und die koordinierte Aussen- und Sicherheitspolitik.

Wirtschaftsunion

Die Bezeichnung Wirtschaftsunion ist etwas irreführend. Zwar muss zur Schaffung einer Währungsunion eine kohärente und gleichgerichtete Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten erreicht werden, damit der Schritt zu einer gemeinsamen Währung überhaupt gewagt werden kann. Das Binnenmarktprogramm setzt den Mitgliedstaaten ebenfalls wirtschaftspolitische Grenzen. Da die Steuer- und Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten aber weitgehend unangetastet bleibt, scheint der Begriff der Wirtschaftsunion etwas verfehlt.

Währungsunion

Was die Währungsunion angeht, so verankern der Vertrag und die angehängten Protokolle den Ablauf zur Umsetzung dieses Ziels. Vorerst soll ein Europäisches Währungsinstitut für die Voraussetzungen zur Schaffung eines einheitlichen Währungsraumes sorgen.

Bekanntlich werden nur jene Staaten zur Währungsunion zugelassen, welche die vorgegebenen Grenzen der öffentlichen Verschuldung, des öffentlichen Defizits und der Inflation zum entsprechenden Stichtag erfüllen können. Dass diese Grenzen restriktiv sind, zeigt die schweizerische Situation. Nachdem unsere Inflationsrate zeitweise über der definierten Grenze gelegen hat, bekommt die Schweiz derzeit mit dem Kriterium des öffentlichen Defizits immer mehr Schwierigkeiten. Gezählt werden nämlich nicht nur die Ausgabenüberschüsse des Bundes, sondern auch jene der Gliedstaaten beziehungsweise der Kantone und Gemeinden. Diese Addition der Beträge führt das schweizerische Defizit nahe an die EU-Limite von maximal drei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung heran.

Neuer Weg

Mit dem Vertragswerk zur EU beschreiten die Mitgliedstaaten einen neuen Weg in Richtung eines Vereinten Europas. Schon 1996 sollen weitere Spielregeln ausge-

handelt werden. Dies betrifft sowohl die eigentliche Rechtsform als auch die institutionelle und demokratische Ausgestaltung der Union.

Wegen der unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen der Mitgliedstaaten dürfte diese geplante Reform noch einige Diskussionen auslösen. Aus der historischen Optik gesehn, scheint der Integrationsprozess – trotz allen Unkenrufen – dennoch voranzuschreiten. Solange die Schweiz alle Optionen offenlassen will, müssen die politischen Behörden diesen Prozess genaustens verfolgen und zur rechten Zeit die richtigen Weichen stellen! ■

MUTZLI

Würde bringt Bürde – oder auch Pech? Pech jedenfalls für die neugewählte Nationalratspräsidentin und damit höchste Schweizerin Gret Haller (SP/BE): Ihre Stimme fiel am Tag ihrer ehrenvollen Wahl vollends aus, und sie musste aus höherer Fügung darauf verzichten, Frauenpower vom Präsidentinnensessel auszuüben. Statt dessen hatte der neugewählte Vize, Claude Frey (FDP/NE), in die Lücke zu springen, der völlig überraschend sofort zu präsidentalen Ehren kam. Sein Pech kam glücklicherweise eine Woche früher: Nach der nicht lautlosen Nominierung zum Kandidaten für das Vizepräsidium durch seine Fraktion zog er sich zu einem ersten Skiweekend zurück und fiel prompt auf die Nase. Inzwischen ist sie aber wieder verheilt...

★

Der abtretende Ständeratspräsident Otto Piller (SP/FR) dankte rundum, so auch den «weltbesten Weibern» des eidgenössischen Parlaments. Der neugewählte Ständeratspräsident Rico Jagmetti (FDP/ZH) würdigte anschliessend seinen ins Glied zurücktretenden Vorgänger und vermied es ausdrücklich, ihn als «Netten» zu qualifizieren – und sprach wenig später von «Otto Fischer» statt Piller.

★

Der aussenpolitisch gewandte Nationalrat Ernst Mühlemann

VERANSTALTUNGEN

Verkehrsvorlagen

A. o. Delegiertenversammlung Samstag, 15. Januar 1994, Hotel International, Zürich Oerlikon (vis-à-vis SBB-Bahnhof Zürich Oerlikon)

- 9.15 Uhr Kaffee und Gipfeli
- 10.00 Uhr Eröffnungsansprache des Parteipräsidenten *Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen UR*
- 10.15 Uhr **Volksinitiative «zum Schutz des Alpengebietes vor dem Transitverkehr» (Alpen-Initiative)**
Podiumsveranstaltung
anschliessend Diskussion und Beschlussfassung über den Parolenantrag
- 11.15 Uhr **Änderung des Luftfahrtgesetzes**
Referat: *Nationalrat Ulrich Fischer, Seengen AG*,
anschliessend Diskussion und Beschlussfassung über den Parolenantrag
- 11.45 Uhr ■ **Bundesbeschluss über die Weiterführung der Schwerverkehrsabgabe**
■ **Bundesbeschluss über die Weiterführung der Nationalstrassenabgabe (Autobahn-Vignette)**
■ **Bundesbeschluss über die Einführung einer leistungs- oder verbrauchsabhängigen Schwerverkehrsabgabe.**
Podiumsveranstaltung
anschliessend Diskussion und Beschlussfassung über den Parolenantrag
- 12.30 Uhr Schlusswort des Parteipräsidenten
Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen UR
- 12.35 Uhr Schlussapéro, offeriert von der FDP Stadt Zürich

Zur a. o. Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen.

Anmeldetalon

für die a. o. Delegiertenversammlung vom 15. Januar 1994

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

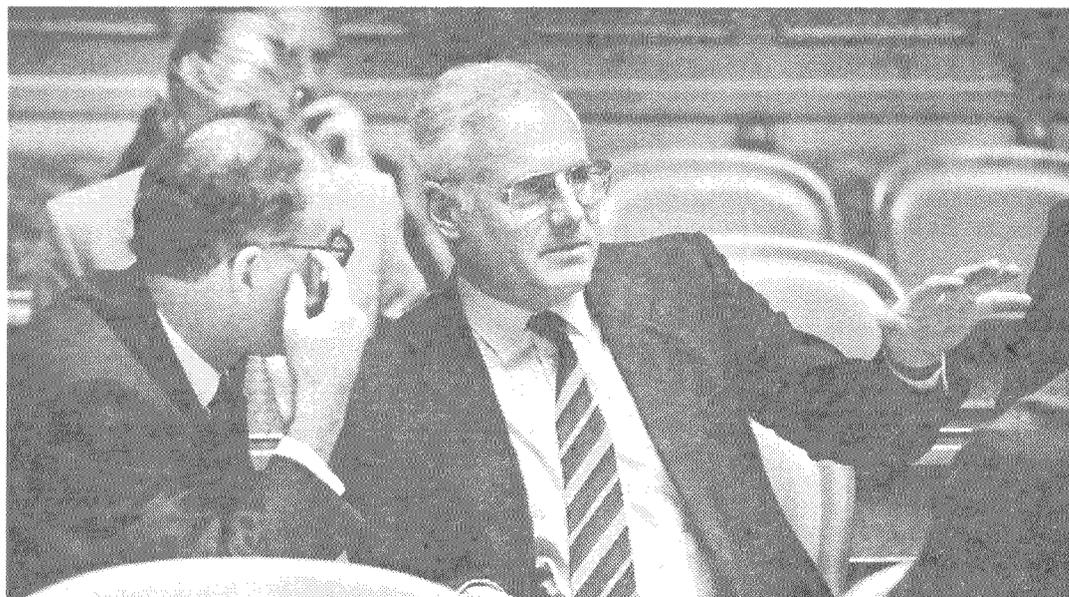
Talon bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51.

(FDP/TG) gab sich ungehalten ob der sozialdemokratischen Weigerung, den bilateralen Weg entschlossen zu gehen: «SP-Parteipräsident Bodenmann bezeichnet den bilateralen Weg kalt-schnäuzig als Sackgasse... aber

natürlich ist das Oberwallis halt eine Sackgasse.» ■

Kurzfristig in die Isolation

Mit der Alpeninitiative, über die am 20. Februar 1994 abgestimmt wird, soll ein unnötiger, unrealistischer, einseitiger sowie freiheits- und tourismusfeindlicher Eingriff stattfinden, der Ausdruck eines isolationistischen und egoistischen Denkens ist.



Als unnötig, unrealistisch und einseitig bezeichnet FDP-Nationalrat Ulrich Fischer (Aargau) die Alpeninitiative, die am 20. Februar 1994 zur Abstimmung kommt. (Photo ruti)

Nationalrat Ulrich Fischer (Aargau)

Mit der Alpeninitiative wird überdies ein Vorstoss wiederaufgenommen, der im Rahmen der sogenannten «koordinierten Verkehrspolitik» (KVP) von Volk und Ständen am 12. Juni 1988 deutlich abgelehnt wurde. Die seinerzeit als falsch befundenen Argumente sind seither nicht richtiger geworden. Deshalb ist auch dieses wesentlich einschneidender formulierte Begehren abzulehnen.

Unnötige Vorschrift

Dem Anliegen der Initiative, den alpenquerenden Gütertransitverkehr auf die Schiene zu verlegen, wird mit den bereits getroffenen oder eingeleiteten Massnahmen weitgehend Rechnung getragen. So befindet sich der Huckepack-Korridor, der die Transitkapazität der Schiene verdreifacht, bereits im Bau und kann Anfang 1994 seinen Betrieb fristgerecht aufnehmen. Die Projektierung der Neat kommt ebenfalls zügig voran, wobei der ent-

sprechende Bundesbeschluss Möglichkeiten für flankierende Massnahmen zur Ausnützung der Schienenkapazitäten bereits enthält. Das Transitabkommen mit der Europäischen Union sorgt mit der 28-t-Limite sowie dem Nacht- und Sonntagsfahrverbot dafür, dass der Alpen transit auf der Strasse nicht überhandnehmen kann.

Die Hauptanliegen der Initiative sind damit schon weitgehend auf eine Weise erfüllt, welche international abgestützt ist und nicht – wie bei Annahme der Initiative – den Bruch oder die Kündigung von Verkehrsabkommen mit unseren Nachbarländern nötig macht.

Unrealistisch

Eine vollständige Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene innert zehn Jahren, wie dies die Initiative verlangt, ist ohnehin objektiv unmöglich, weil die notwendigen Kapazitäten innert dieser Frist nicht bereitgestellt werden können. So werden beispielsweise die Ausbauten im

Rahmen von «Bahn 2000» und die Neat-Tunnels bis zum Jahr 2003 nicht fertiggestellt sein.

Die Initiative setzt Dinge voraus, deren zeitgerechte Verwirklichung in hohem Masse ungewiss, ja unmöglich ist. Aus diesen Gründen sind ihre Forderungen unrealistisch und somit auch verfassungsrechtlich fragwürdig.

Handels- und Gewerbefreiheit

Das in der Initiative vorgesehene Verbot verletzt den bisher hochgehaltenen und bewährten Grundsatz der freien Wahl des Verkehrsmittels, indem der in vielen Fällen sinnvolle und notwendige Gütertransit auf der Strasse kurzerhand verboten wird. Eine solche Anordnung ist auch mit dem Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit nicht vereinbar; deren an sich mögliche Einschränkung ist auf diesem Gebiet nicht statthaft.

Aus dieser Erkenntnis haben Volk und Stände mit der Ablehnung der KVP bereits die entspre-

chende Weiche gestellt; die Alpeninitiative kommt somit einer Zwängerei gleich.

Tourismus

Als aus ihrer Sicht logische Konsequenz wollen die Initianten auch die Erhöhung der Transitstrassenkapazität im Alpengebiet verbieten. Darunter fällt indes nicht etwa nur die zweite Strassenröhre am Gotthard. Vielmehr wären auch andere Verkehrsachsen wie die Autobahn Siders-Brig oder der Ausbau der San-Bernardino-Route sowie weitere wichtige Verkehrsverbindungen im Alpengebiet, die vor allem für den Tourismus von Bedeutung sind, betroffen. Dies würde zu einem unerwünschten Eingriff in die kantonale Strassenhoheit führen und vor allem die Bergkantone benachteiligen.

Somit können gerade die Alpenkantone kein Interesse an einer Annahme dieser Verhinderungs- und Verbotsinitiative haben.

Weg in die Isolation

In ganz Europa werden Schranken und Behinderungen zugunsten einer harmonischen Entwicklung der Wirtschaft und fruchtbarer wechselseitiger Beziehungen unter den Ländern abgebaut. Die Schweiz darf nicht den umgekehrten Weg gehen, indem sie neue Barrieren errichtet.

Im Interesse der gedeihlichen Entwicklung unseres Landes muss deshalb die Alpeninitiative, die Ausdruck von Egoismus, ökologischem Dogmatismus und politischer Kurzsichtigkeit ist, deutlich abgelehnt werden.

Garten- und Landschaftsarchitekten
Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 52 62

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar:

- Ex. Nr. 1+2/92: «Die aktuelle Drogendebatte: Ein Überblick über Thesen und Modelle»
- Ex. Nr. 3/92: «Bericht und Thesen zur schweizerischen Neutralität von morgen»
- Ex. Nr. 4/92: «Freisinnige Standortbestimmung zur Umwelt- und Energiepolitik, zur Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, zum Wohnproblem und zur Neat-Finanzierung»
- Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkraftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»

Name: _____ Vorname: _____ 12/93

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

An Weihnachten denken

FDP-Artikel sind Qualitätsartikel. Als klassische Hits gelten das Foulard oder die Krawatte im klassischen Design oder im New-Look-Stil. Ende Jahr besonders aktuell ist auch das Portefeuille. Bestellen Sie jetzt schon einen FDP-Artikel als Weihnachtsgeschenk oder für sich selbst.

Talon

Ja, ich bestelle:

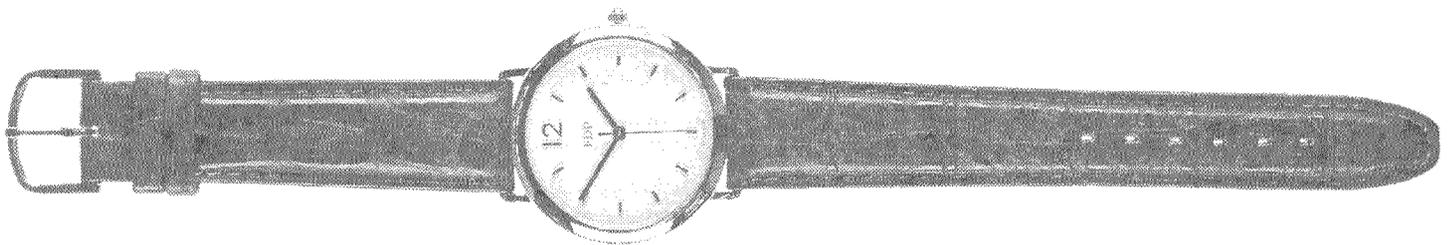
- Das zeitlose **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de chine ist 90x90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. ___ Ex. à Fr. 50.-
- Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- Die **Krawatte** aus unserer New-Look-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- Das **Portefeuille** aus bestem Anilinleder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. mit der FDP-Agenda 1994. ___ Ex. à Fr. 44.-

Name: _____ Vorname: _____ 12/93

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Es ist FDP-Zeit

Bestellen und tragen Sie die FDP-Uhr! Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quarzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 80.- (plus Porto und Verpackung):
___ Ex. FDP-Uhr.

Name: _____ Vorname: _____ 12/93

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern Fax (031) 312 19 51

Gleichstellungsgesetz: Nicht noch mehr Zähne ziehen

Das neue Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz) ist umstritten. Verschiedenen Medien konnte entnommen werden, wie sich das Seilziehen anlässlich der ersten Lesung in der nationalrätlichen Kommission vollzogen hat. «Antifeministen sperren sich gegen die Gleichstellung der Frauen» («Sonntags-Zeitung»), «Ein Eckzahn ist gezogen, andere wackeln» («Tages-Anzeiger») sind zwei Schlagzeilen dazu. Nachfolgend eine Zusammenfassung der Stellungnahme der Schweizerischen Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen (SVFF). Sie ist von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Vorstandsmitglied und Grossrätin Ursula Zollinger erarbeitet worden.

○ Madeleine Kuhn-Baer*

Artikel 4 Absatz 2 der Bundesverfassung ist zu weit und zu offen formuliert, er hat wenig konkrete Verbesserungen für die Frauen gebracht. Es ist deshalb richtig und nötig, dass eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, welche die Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann im allgemeinen ermöglicht.

Die SVFF begrüsst es, dass das Gleichstellungsgesetz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bund, Kantonen und Gemeinden

* Landrätin und Präsidentin der FDP-Frauen-Gruppe des Kantons Glarus.

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütsstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

sowie im privaten Sektor Gültigkeit haben soll. Sie ist auch überzeugt, dass es keine Wettbewerbsnachteile für die national und international tätige Wirtschaft mit sich bringen wird.

Chancengleichheitspolitik

Die Gleichstellung im Erwerbsleben ist eng mit einer umfassenden Chancengleichheitspolitik verbunden. Um eine echte Gleichbehandlung der Geschlechter im Erwerbsleben zu erreichen, sind Massnahmen auch in den Bereichen der Familie, der sozialen Sicherheit sowie des Steuer- und Bildungswesens unabdingbar.

Die FDP-Frauen fordern, dass diesbezügliche Massnahmen bei der Revision der entsprechenden Spezialgesetze vorgesehen und unverzüglich an die Hand genommen werden, wo dies nicht bereits geschehen ist.

Beweislast

Unbedingt notwendig ist die im Entwurf des Bundesrates vorgesehene Beweislastermittlung. Ohne sie wäre das Gesetz nicht durchsetzbar. Damit wird eine tatsächliche Ungleichheit, nämlich die Konzentration der Beweismittel in den Händen des Arbeitgebers, korrigiert. Die SVFF hofft, dass dadurch auch die Verfahrensdauer abgekürzt werden kann.

Verbandsklagerecht

Beim Verbandsklagerecht anerkennen die FDP-Frauen, dass das

Bundesgericht unter gewissen Bedingungen bereits heute das Klagerecht von Organisationen zulässt, wenn es darum geht, öffentliche oder private Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen.

Die im Gesetz vorgesehenen Verbandsklage und -beschwerde stellen eine optimale Möglichkeit dar, um Diskriminierungen in grösserem Rahmen zu untersuchen. Allerdings sollte in den Gesetzestext aufgenommen werden, dass die Organisationen nationale oder zumindest kantonale Bedeutung haben müssen. Ausserdem will die SVFF daran festhalten, dass das Verbandsklagerecht auf die Feststellungsklage beschränkt bleibt und nicht auf Leistungsklagen ausgedehnt wird.

Sexuelle Belästigung

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Bestimmungen über die sexuelle Belästigung. Die SVFF hält sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz für eine besonders entwürdigende Form der geschlechtsbezogenen Diskriminierung, die es zu ahnden gilt.

Der bis heute vorliegende Wortlaut überzeugt jedoch nicht in allen Teilen und scheint noch nicht ausgereift. Insbesondere fehlen Anhaltspunkte über die Pflichten des Arbeitgebers sowie eine Regelung über allfällige Regressansprüche desselben.

Bezüglich Schlichtungsverfahren ist es sinnvoll, die bereits bestehenden Stellen (Friedensrichter, Sühnebeamte) mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Gleichstellungsbüro

Die FDP-Frauen begrüssen die gesetzliche Verankerung des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung, dessen Kompetenzen weitgehend dieselben bleiben wie heute. Das Büro sollte jedoch von einer parlamentarischen Kommission begleitet werden, um sicherzustellen, dass Frauenanliegen nicht einseitig berücksichtigt werden. Auch wird aus liberaler Sicht vor einer Aufblähung des Verwaltungsapparates gewarnt.

Der Entwurf des Bundesrates ist ausgewogen und vernünftig, deshalb sollten dem Gleichstellungsgesetz nun nicht noch mehr Zähne gezogen werden. Es ist in der vorliegenden Form dringend nötig. Die SVFF wird sich dafür einsetzen, dass Artikel 4 Absatz 2 der Bundesverfassung endlich konkretisiert und dem Willen der Schweizer Bevölkerung damit Nachachtung verschafft wird.

VORANZEIGE

Tagung mit Rita Süssmuth

Die nächste Tagung der SVFF findet am 27./28. Mai 1994 in Baden statt.

Thema: Frauen im Spannungsfeld von Beruf - Familie - Ehrenamtlichkeit.

Referentin: Prof. Dr. Rita Süssmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages.

Wer eine persönliche Anmeldung wünscht, melde sich bei Claire Bajna, Im Glockenacker 53, 8053 Zürich.

FDP SCHWEIZ INTERNATIONAL

FDP-Sektion in London

Am 3. Februar 1994, 19 Uhr, im Movenpick Marché Restaurants, Wallis room, 1, Swiss Court, London, wird nach der ersten Sektion der FDP Schweiz International in Südafrika die zweite FDP-Sektion im Ausland gegründet, die Swiss Liberal-Democrats International in UK.

Zu dieser Gründungsversammlung sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

Programm

- 19.00 Uhr Gründungsakt des London Chapter der Swiss Liberal-Democrats International in UK unter Beisein von FDP-Schweiz-International-Präsident, *Nationalrat Dr. Georg Stucky*.
- 19.45 Uhr *Nationalrat Dr. Georg Stucky* spricht über aktuelle europa- und innenpolitische Themen und orientiert über das Vorhaben des Bundesrates in bezug auf die freiwillige AHV/IV für Auslandschweizer.
- 20.30 Uhr Offene Frage- und Diskussionsrunde. ■

Jahresbericht Rapport annuel

Die Arbeit der
Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz
und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion
der Bundesversammlung

L'activité du
Parti radical-démocratique suisse
et du Groupe radical-démocratique
de l'Assemblée fédérale

92/93

FDP PRD PLR

Ich bestelle:

_____ Ex. Jahresbericht 92/93
(1 Ex. gratis, 163 Seiten, dt./frz.)

Name: _____ Vorname: _____ 12/93

Str./Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.
Fax (031) 312 19 51

VERANSTALTUNGEN

Terminkalender 1994

Januar

- 14. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat
- 15. Ausserordentliche Delegiertenversammlung (Zürich)

Februar

- 18./19. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 20. Eidgenössische Volksabstimmung
- 28. 2.–
- 18. 3. Frühjahrssession

März

- 3. Geschäftsleitung/Sekretärenkonferenz
- 8. Cocktail Beamtenvereinigung

April

- 14. Geschäftsleitung
- 15./16. Sekretärenkonferenz/Delegiertenrat
Ordentliche Delegiertenversammlung (Brunnen SZ)
- 25.–29. Evtl. Sondersession

Mai

- 20./21. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 30. 5.–
- 17. 6. Sommersession

Juni

- 4. Konferenz Kantonalparteipräsidenten
- 8. Fraktionsausflug

- 12. Eidgenössische Volksabstimmung
- 17. Geschäftsleitung

August

- 19. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat
- 20. Ausserordentliche Delegiertenversammlung (Bern)
- 22.–26. JBS-Sommeruniversität/Université d'été du PRD

September

- 9./10. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 17. 100-Jahr-Jubiläum der FDP (Olten SO)
- 19. 9.–
- 7. 10. Herbstsession
- 20. Wirtschaftsmeeting
- 22. Geschäftsleitung
- 25. Eidgenössische Volksabstimmung

Oktober

- 21. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat
- 22. Ausserordentliche Delegiertenversammlung (Wallis)

November

- 10. Geschäftsleitung
- 18./19. VorseSSIONALE Fraktionssitzung («Zwiebele-Märit-Treffen»)
- 28. 11.–
- 16. 12. Wintersession
- 30. Wahlfeiern NR-/SR-Präsidium

Dezember

- 4. Eidgenössische Volksabstimmung
- 16. Geschäftsleitung



POPULISTEN SPÜREN AUFWIND.

Aktion FDP à jour: Asylpolitik

Immer mehr Ausländer betätigen sich unter dem temporären Schutz des Asylverfahrens im Drogenhandel. Die FDP spricht sich klar für eine Verschärfung des Asylgesetzes aus.

Dorothee Fierz, Kantonsrätin Esslingen*



Gemäss Art. 8 Asylgesetz begründen «verwerfliche Handlungen» Asylunwürdigkeit; gemäss Verwal-

tungspraxis fallen darunter lediglich mit «Zuchthaus bedrohte Straftaten». Die FDP fordert, dass auch die Zuwiderhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz als Asylunwürdigkeit gewertet wird.

Asylstatistik 1993: Zunahme der Asylgesuche um 24%

Von Januar bis August 1993 haben in der Schweiz 15 808 Per-

* Dorothee Fierz steht der Arbeitsgruppe Asylpolitik der FDP des Kantons Zürich vor.

sonen um Asyl nachgesucht. Dies bedeutet gegenüber der gleichen Periode im Vorjahr einen Anstieg von 24%. Für den Rest des Jahres 1993 bleibt die Gesuchsentwicklung ungewiss, dennoch sind im laufenden Jahr wesentlich weniger als 30 000 Gesuche zu erwarten. 18 000 Personen haben im vergangenen Jahr in der Schweiz um Asyl nachgesucht, 1991 waren es noch 41 600.

Das effizientere Asylverfahren, der erschwerte Reiseweg durch Ex-Jugoslawien sowie die ungünstigeren Arbeitsmarktbedingungen sind mögliche Gründe für den massiven Gesuchsrückgang, während die erneute Zunahme der Gesuchseingänge wohl auf die Verschärfung der Asylgesetzgebung in unseren Nachbarländern zurückzuführen ist.

Der Bund spart – und die Gemeinden tragen die Konsequenzen

Der Bund sieht Sparmassnahmen vor, bei denen die Kosten lediglich vom bisherigen Kostenträger auf die Kantone verschoben werden. Gemäss Art. 20 b Asylgesetz vergütet der Bund den Kantonen grundsätzlich die Fürsorgekosten im Asylwesen.

Art. 20 a sieht vor, dass sich diese nach kantonalem Recht richten, soweit das EJPD nicht abweichende Bestimmungen erlässt. In letzter Zeit wurden nun praktisch alle Fürsorgeleistungen auf Weisungsebene durch das EJPD festgelegt, was dem Grundsatz der vollumfänglichen Kostenübernahme widerspricht.

Die Revision der Asylverordnung II über Finanzierungsfragen hat die FDP im Vernehmlassungsverfahren abgelehnt und konkrete Änderungsvorschläge in bezug auf pauschale Abgeltung der Betreuungs- und Unterbringungskosten ausgearbeitet.

Klare Konsequenzen bei einer strafrechtlichen Verurteilung

Jedes rechtskräftige Urteil – unabhängig vom Strafmass – soll Konsequenzen auf das Asylverfahren haben. Werden Asylgesuche während des Strafvollzuges gestellt, soll ein Nichteintretensentscheid gem. Art. 16 Asylgesetz gefällt werden. Die Internierung ist in Art. 14 d ANAG geregelt und wird im Falle der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung angeordnet. Drogenhandel – unabhängig von der Menge –

muss in diesem Sinne als Internierungsgrund gewertet werden. Die Schaffung von Internierungsplätzen ist Sache des Bundes. Die Ausschaffungshaft ist in Art. 14 ANAG geregelt und auf max. 30 Tage beschränkt. Die FDP verlangt eine Ausdehnung der Maximaldauer auf 6 Monate, da die Beschaffung der notwendigen Ausreisepapiere oft mehrere Monate in Anspruch nimmt und dem Anspruch auf einen konsequenten Vollzug der Wegweisung nur so Genüge getan werden kann. Es ist stossend, wenn der Vollzug der Wegweisung bei rechtskräftig verurteilten Asylbewerbern auf Grund des «Non-refoulement» (Rückschiebeverbot) nicht durchgeführt werden kann. Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz sind als «Bedrohung für die Gemeinschaft des Landes» zu werten.

Es liegt in unserer politischen Verantwortung, den verschiedenen Missständen im Asylwesen effizient entgegenzuwirken, unsere Forderungen durchzusetzen und den latent vorhandenen Fremdenhass zu bekämpfen, damit die echt an Leib und Leben gefährdeten Flüchtlinge auch weiterhin in unserem Lande auf Schutz und Hilfe zählen können.



Urs Scheidegger, neuer Direktor des Bundesamtes für Flüchtlingswesen, Nationalrat Franz Steinegger, Kantonsrat Walter Bosshard, Kantonsrätin Dorothee Fierz und Regierungsrat Ernst Homberger äussern sich zur schärferen Gangart in der Asylpolitik.